



Fehlanzeige für Sichere Bildung: Kultusministerkonferenz ignoriert eigene Erkenntnisse und gefährdet weiter Kinder!

Um "Aussagen zum Infektionsgeschehen und den an Schulen getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie treffen zu können" wurden von der Kultusministerkonferenz (KMK) in November 2020 Studien in Auftrag gegeben. Das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) in Braunschweig und die Universität Köln wurden mit einer Studie zum Thema „Handlungsfähigkeit während der COVID-19 Pandemie im Schulbereich erhalten – Schaffung einer Entscheidungsgrundlage durch Evidenzsynthese, Beobachtungs- und Interventionsstudien“ beauftragt.

Am 03.08.2021 beugte sich die KMK dem öffentlichen Druck und veröffentlichte die ersten beiden Zwischenberichte von Januar und März 2021. Zuvor hatte die Hamburger Senatsverwaltung eine Veröffentlichung mit der Begründung verweigert, es handle sich um Informationen "deren Bekanntmachung die Beziehungen zu einem anderen Land oder zum Bund gefährden würde".

Wir haben uns mit den Zwischenberichten befasst und die wichtigsten Erkenntnisse zusammengetragen. Natürlich hat uns auch die Frage beschäftigt, welche brisanten Erkenntnisse, die "Geheimhaltung" des Hamburger Senats rechtfertigen würden.

Infektionen unter Schülern und Schülerinnen

Immer wieder betonten die Kultusminister und Kultusministerinnen in Interviews, Talkshow-Auftritten und Pressekonferenzen, dass nur wenige Infektionen in der Schule nachgewiesen werden.

Im ersten Zwischenbericht vom Januar 2021 ist allerdings zu lesen:

„Insgesamt zeigt sich in allen Arbeiten übereinstimmend, dass Kinder für die Übertragung von SARS-CoV-2 empfänglich sind und zu dieser beitragen.“

Damit dürfte die epidemiologische Rolle von Schulen den Kultusministerien seit Januar 2021 bekannt sein.

Im zweiten Zwischenbericht vom März 2021 wird nach weiterer Auswertung von Studien festgestellt:

*„Die Übertragung von SARS-CoV-2 in Schulen findet statt, sowohl von Personal auf Personal, von Personal auf Schüler*innen, von Schüler*innen auf Personal als auch von Schüler*innen auf Schüler*innen.“*

Trotz dieser klaren wissenschaftlichen Ergebnisse behauptete Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe gegenüber dem Hamburger Abendblatt noch am 24. Juli 2021: "Niemand weiß, ob Kinder Erwachsene infizieren." Auch in den aktuellen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz vom 10.06.2021 finden sich Formulierungen, die ein sehr geringes Infektionsrisiko in Schulen suggerieren:

„...geht von Kindern und Jugendlichen keine treibende Kraft in der aktuellen Situation aus.“

Datenerhebung an Schulen

Gerne beziehen sich die Kultusministerien auf die eigene Datenerhebung, um eine geringe Infektionsgefahr an Schulen zu belegen. Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe erläuterte im Juni 2021 bei Markus Lanz:

„Von den infizierten Schülern ließ sich bei 80% mit relativer Sicherheit sagen, dass sie sich außerhalb der Schule angesteckt haben.“

Die Daten, auf die Ties Rabe seine Aussage stützt, sind nicht öffentlich einsehbar. Deshalb ist eine Überprüfung und Bewertung der Datenerhebungen, die durch die Kultusministerien durchgeführt werden, von besonderer Bedeutung. Dies soll im zweiten Arbeitspaket der Studie geschehen. Dabei fällt bereits im zweiten Zwischenbericht eine lange Liste mit Verbesserungsvorschlägen auf.

Es wird empfohlen keine aktuellen Fälle zu zählen, sondern die Anzahl der Neu-Infektionen. Das würde die Daten vergleichbarer zu denen des Robert-Koch-Instituts (RKI) machen. In ersten Auswertungen zeigten sich für einige Bundesländer "erhebliche Unstimmigkeiten zwischen Zahlen von SARS-CoV-2 Infektionen in der Statistik der KMK und den gemeldeten Fallzahlen aus den Meldedaten des RKI der schulrelevanten Altersgruppen."

Laut Zwischenbericht werden diese Unstimmigkeiten mit den Ländern besprochen. Wir sehen gespannt dem Abschlussbericht entgegen, der hoffentlich Gründe für diese großen Unterschiede liefert.

Weiterhin sollten die KMK-Daten auf täglicher und nicht auf wöchentlicher Basis bereitgestellt und die bestehenden Hygiene-Maßnahmen auf Kreisebene miterfasst werden. Das sollte auch die „tatsächliche Durchdringung solcher Maßnahmen“ beinhalten. Im Klartext bezeichnet das nicht nur die reinen Vorgaben, sondern auch die konkrete Umsetzung der Maßnahmen an den Schulen, die durchaus abweichen können.

Die Daten sollten auch bei kompletten Schulschließungen und in den Ferien inklusive der jeweiligen Schulform auf regionaler Ebene erhoben und nicht nur für das gesamte Bundesland angegeben werden.

„Ein Aussetzen der Berichte aufgrund von Schulschließungen und Ferienzeiten ("nichts zu berichten") ist unbedingt zu vermeiden. Daten während Schließzeiten der Schule sind besonders wertvoll, um die Infektionsrisiken im Präsenzbetrieb zu bewerten; (...) .“

Dabei wird das Problem der bundeslandweiten Datenerhebung folgendermaßen bewertet:

„Genauere Analysen auf Basis der schulischen Maßnahmen ließen sich nur anstellen, wenn fortlaufende Berichte zum Infektionsgeschehen und den spezifischen schulischen Präventionsmaßnahmen auf kleinräumiger Ebene vorlägen.“

Demnach sind die erhobenen Daten der KMK nicht geeignet, um schulische Hygiene-Maßnahmen bewerten zu können.

Erst eine saubere wissenschaftliche Datenerhebung unter Berücksichtigung diverser Aspekte lässt eine entsprechende Auswertung und die Ableitung von Erkenntnissen zu. Die Aussage von Ties Rabe, dass 80 Prozent der Infektionen außerhalb der Schulen stattfänden, ist also mit großer Vorsicht zu bewerten.

Umsetzung der Hygienekonzepte

Die S3-Leitlinie für „Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung an Schulen“ sollte für eine Vereinheitlichung der Hygiene-Maßnahmen an Schulen sorgen. Ein Vergleich der Umsetzung der S3-Leitlinie in den Bundesländern wird in der Studie im Auftrag der KMK im Arbeitspaket 3 durchgeführt.

Laut Zwischenbericht sei die Qualität und Struktur der veröffentlichten Materialien und Verordnungen zwischen den Bundesländern „sehr divers“. Es scheinen sich hier einige Bundesländer als Vorreiter bei der Umsetzung der S3-Leitlinie positioniert zu haben, wohingegen andere auf ihre nicht geänderten Hygiene-Konzepte aus dem Jahr 2020 verweisen und scheinbar keinerlei Anpassungen umsetzen mussten. Hatten die entsprechenden Bundesländer also bereits alles berücksichtigt oder hat der Zwischenbericht nachlässige Kultusministerien enttarnt?

Ist das vielleicht der Grund, warum eine Veröffentlichung verhindert werden sollte? Könnte die unterschiedliche Handhabung der Hygiene-Richtlinien die Beziehungen zwischen den Ländern und zum Bund gefährden?

Der Zwischenbericht kommt zu einem eindeutigen Ergebnis:

„Obwohl einige der Empfehlungen als quasi bundesweiter Standard betrachtet werden können, sind andere kaum oder in kreativer Weise berücksichtigt.“

Die größten Unterschiede gibt es bei den Vorgaben zum Tragen von Masken, zum Sport- und Musikunterricht, zum Umgang mit Kontaktpersonen an Schulen und zur Empfehlung und Förderung von Luftreinigern. Einig sind sich offensichtlich alle Bundesländer beim Thema Lüften:

„Das korrekte Lüften ist Standard in Deutschland und wird in allen Bundesländern im Sinne der S3-Leitlinie empfohlen.“

Eine bundesweit einheitliche und verbindliche Vorgabe hätte das Durcheinander bei der Umsetzung der S3-Leitlinie verhindern können. Es bleibt unklar, warum bestimmte Maßnahmen in einigen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt werden. Insbesondere unter dem Aspekt, dass die Datenerhebung der KMK nicht geeignet ist, diese unterschiedlichen Handhabungen zu bewerten und dementsprechend anzupassen.

Letztlich kann durch die ungeeignete Datenerfassung später auch keinem Kultusministerium nachgewiesen werden, dass die eigene Umsetzung der Maßnahmen zu mehr Infektionen geführt haben als in anderen Bundesländern.

Berücksichtigung von Langzeitkomplikationen

Häufig wird seitens der Kultusministerien im Hinblick auf die Sicherheit an Schulen auf den häufig milden bzw. asymptomatischen Verlauf einer SARS-CoV-2 Infektion bei Kindern verwiesen. Nur ein geringer Prozentsatz sei von einem schweren Verlauf betroffen.

Im Zwischenbericht wird eine eindeutige Empfehlung für die Kultusministerien ausgesprochen:

„Zur Beurteilung des Erkrankungsrisikos bei Schülern ist nicht nur die Betrachtung der akuten COVID-19 Erkrankung relevant, sondern auch mögliche Langzeitkomplikationen.“

Es werden systematische Übersichtsarbeiten zu Langzeitkomplikationen angeraten. Bei der Argumentation der KMK zum uneingeschränkten Regelbetrieb für das Schuljahr 2021/2022 bleiben mögliche Langzeitfolgen einer COVID-19 Erkrankung aber unerwähnt.

Neue Virusvarianten

In den Zwischenberichten wurden Varianten wie Alpha (B.1.1.7) oder Delta noch nicht berücksichtigt. Alle Angaben und Auswertungen beziehen sich auf den ursprünglichen Wildtyp des Virus. Die Forscher machen auf den Sachverhalt aufmerksam:

„Inwieweit die erhöhte Transmission oder die schwereren Verläufe sich in unterschiedlichen Altersgruppen noch einmal unterscheiden ist bisher nicht vollständig geklärt.“

Besonders brisant daher: Ungeachtet der neuen Virusvarianten hält die KMK auch weiterhin am uneingeschränkten Regelbetrieb für das Schuljahr 2021/2022 fest.

Keine besondere Berücksichtigung von Risikohaushalten

Eine nicht unerhebliche Anzahl von Familien wird bei den Hygiene-Konzepten, beim uneingeschränkten Regelbetrieb und bei einer nachhaltigen Beschulungs-Lösung nicht berücksichtigt. Es sind Familien, denen das Infektionsrisiko bei einem „Schulbesuch in Präsenz“ auf Grund von bestehenden Vorerkrankungen zu hoch ist. Es kommt vor, dass auf Grund der Vorerkrankung auch eine Impfung nicht möglich ist.

Das bedeutet, dass selbst nach der Zulassung eines Impfstoffs für Kinder die Schulsituation in diesen Familien ungelöst bleibt. Bis jetzt werden diese Familien faktisch alleine gelassen und müssen je nach Bundesland mit dem Schulamt oder vor Gericht kämpfen, um ihre Kinder von der Präsenzpflcht zu befreien.

Auch in der Pressemitteilung zum uneingeschränkten Regelbetrieb geht die KMK nicht darauf ein, welche Lösungen für Risikofamilien angedacht sind.

Wir fordern die KMK auf, hier zügig nachzubessern und Risikofamilien eine entsprechende Planbarkeit zu ermöglichen.

Quellen

[1] 1. Zwischenbericht Evidenzsynthese (Januar 2021),
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2021/Corona-Studie_Zwischenbericht01_Jan2021.pdf aufgerufen am 5.8.2021

[2] 2. Zwischenbericht Evidenzsynthese (März 2021)
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2021/Corona-Studie_Zwischenbericht02_Maerz2021.pdf aufgerufen am 5.8.2021

[3] KMK Pressemitteilung “KMK empfiehlt uneingeschränkten Regelbetrieb im kommenden Schuljahr 2021/2022” <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/detail/News/kmk-empfoehlt-uneingeschraenkten-regelbetrieb-im-kommenden-schuljahr-20212022.html> aufgerufen am 5.8.2021

Über uns

Wir sind eine bunte, parteipolitisch neutrale Initiative von Menschen die sich für sichere Bildung engagieren. Eine „One-Size-Fits-All“ Lösung darf nicht die Antwort auf die Fragen zum Umgang mit Bildung und Betreuung während der Corona-Pandemie sein. So unterschiedlich wie Familien sind, so individuelle sind auch deren Bedürfnisse. Deshalb können Lösungen nur unter der Beteiligung der Menschen vor Ort gefunden werden: Kinder, Schüler:innen, Pädagogen:innen, Eltern, Schulleiter:innen.

Wir vertreten keine Partikularinteressen, sondern wir beteiligen uns an die Erarbeitung vielfältige Lösungen. Lösungen, die die unterschiedlichen Bedürfnisse in unserer Gesellschaft berücksichtigen.

Webseite: www.sicherebildung.de

Pressekontakt

Nadine Candelaresi, redaktion@sicherebildung.de